



Protest im Mai 2022 nach Veröffentlichung des Wahlergebnisses mit Ferdinand Marcos Jr. als neuer Präsident.

Foto: REUTERS/Lisa Marie David

Philippinen

## Soziale Bewegungen kämpfen gegen ihre Kriminalisierung

«Auf den Philippinen leben wir in schwierigen Zeiten. Die Wirtschaftskrise hält an und viele Menschen haben wegen der Inflation Schwierigkeiten, ihren Bedarf an Lebensmitteln und an Gas zum Kochen zu decken. Gleichzeitig ist die Menschenrechtssituation schlechter geworden. Während die Armen weiterhin Opfer von Menschenrechtsverletzungen werden und keine Gerechtigkeit in Sicht ist, wurde beispielsweise der Sohn eines gewichtigen Politikers, der beim Drogenkauf erwischt wurde, wegen 'fehlender Beweise' freigelassen. Die Mörder eines Gewerkschafters gingen derweil strafflos aus.» Diese Zeilen schrieb kürzlich eine philippinische Menschenrechtsaktivistin an den SOLIFONDS.

In der Amtszeit von Rodrigo Duterte (2016-22) verschlechterte sich die Menschenrechtssituation auf den Philippinen massiv. Schätzungen gehen davon aus, dass rund 27'000 Personen in aussergerichtlichen Hinrichtungen in Dutertes «Krieg gegen Drogen» getötet wurden, allesamt Menschen aus der armen Bevölkerungsschicht. In derselben Zeit nahmen auch Morde an Menschenrechtsverteidiger\*innen, Anwält\*innen, Medienschaffenden und Gewerkschafter\*innen zu, bei völliger Straflosigkeit für Täter und Verantwortliche. Viele linke Aktivist\*innen werden als Terrorist\*innen diffamiert – eine Strategie, die oft mit Kriminalisierung, Verschwindenlassen und Mord einhergeht. Während der

Pandemie verordnete Duterte zudem einen der weltweit härtesten und längsten Lockdowns, woraufhin 15,5 Millionen Haushalte ihr Einkommen verloren und Hunger sich ausbreitete.

Die Perspektiven unter der aktuellen Regierung von Ferdinand Marcos Jr., Sohn des früheren Diktators und seit einem Jahr an der Macht, sind nicht besser. Wie sein Vorgänger misst er Menschenrechten keine Bedeutung bei. Und während im Budget für 2023 hohe Investitionen für Big-Business-Infrastruktur und Militarisierung eingeplant sind, wurden im Sozialbereich Kürzungen vorgenommen. Der aktuell festgelegte Mindestlohn entspricht der Hälfte dessen, was eine fünfköpfige Familie zum Leben braucht.

In diesem Kontext der wachsenden Armut und der staatlichen Repression ist Solidarität mit den sozialen Bewegungen dringend, die für grundlegende Menschenrechte und gegen die Kriminalisierung sozialer Proteste kämpfen.

**Danke für Ihre Solidarität!**

# Gesundheit statt Repression

Das Gesundheitssystem in den Philippinen ist in einem desolaten Zustand. Für die Mehrheit der Bevölkerung des Inselstaats ist das Recht auf Gesundheit nicht garantiert, sie hat entweder keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung oder zu sauberem Trinkwasser beziehungsweise ausgewogener Ernährung. Das Pflegepersonal arbeitet derweil unter äusserst prekären Bedingungen: In Privatspitälern, zu denen zwei Drittel der Kliniken gehören, verdienen Pflegefachleute umgerechnet 200 US-Dollar pro Monat, während der Monatslohn in den staatlichen Spitälern zwischen 400 und 600 Dollar liegt. 600 Dollar sind nötig, um eine fünfköpfige Familie über die Runden zu bringen. Hinzu kommt, dass Pflegefachleute chronisch überlastet sind und die daraus resultierenden Überstunden nicht vergütet werden. Nicht zufällig wandern sehr viele

Pflegefachleute in andere Länder aus, wo die Löhne und die Arbeitsbedingungen deutlich besser sind. 2021 waren über 300'000 von den rund 600'000 ausgebildeten Pflegefachleuten ausserhalb des Landes erwerbstätig. Pflegepersonal wird oft schon an den Ausbildungsstätten oder in den Spitälern in andere Länder abgeworben.

Seit 2015 haben sich Pflegefachleute in der Gewerkschaft Filipino Nurses United (FNU) zusammengeschlossen, um für bessere Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne zu kämpfen. Sie fordern aber auch das Recht der Bevölkerung auf eine gute, kostenlos zugängliche Gesundheitsversorgung ein und wehren sich gegen Kürzungen im Gesundheitsbudget. Letztere machten sich während der Covid-Pandemie besonders deutlich sichtbar. Die Regierung ging die Pandemie

denn auch in erster Linie als ein «Law-and-Order»-Thema an: Sicherheitskräfte setzen Ausgangssperren und Maskenregeln mit Gewalt durch, während sich Pflegefachleute mit Abfallsäcken vor einer Ansteckung zu schützen versuchten, weil weder Masken noch Handschuhe zur Verfügung standen.

Im vergangenen April hat die FNU einen Aktionstag durchgeführt, mit dem sie auf die Situation des Pflegepersonals hingewiesen und existenzsichernde Löhne gefordert hat. Nicht nur wurde dieser Aktionstag von zahlreichen Medien aufgenommen, auch die staatliche Gesundheitsabteilung erklärte daraufhin, dass sie einen Dialog insbesondere zu den Löhnen aufzunehmen gedenke. Und zahlreiche Parlamentsabgeordnete zeigten sich besorgt über die prekäre Situation des Pflegepersonals und drückten aus, dass sie sich für bessere Saläre einsetzen würden. Damit dies keine Lippenbekenntnisse bleiben, wird die Gewerkschaft der Pflegefachleute den Druck aufrechterhalten müssen.



Pflegefachleute fordern bessere Arbeitsbedingungen.

Foto: FNU

## Wie der Ruf des Diktators gewaschen und sein Familienname wieder salonfähig wurde

Knapp fünfzig Jahre nachdem Ferdinand Marcos 1972 auf den Philippinen das Kriegsrecht erklärt hatte, übernahm sein Sohn Ferdinand Marcos Jr. die Regierung des Landes. Der Vater, 1965-86 an der Macht, hatte ein brutales Regime durchgesetzt, welches über 70'000 Aktivist\*innen – darunter Menschenrechtsverteidiger\*innen, Anwäl\*innen, Gewerkschafter\*innen und Medienschaffende – verhaftete, 34'000 Menschen folterte und 3'240 Personen ermordete. Der Diktator wurde nie zur Rechenschaft gezogen, sein Sohn anerkannte die massiven Menschenrechtsverletzungen unter Ferdinand Marcos Sr. nie. Die Ergebnisse der Wahlen im Mai 2022 schockierten: Wie war es möglich, dass der Sohn des gestürzten Diktators und die Vizepräsidentenskandidatin Sara Duterte, Tochter des Amtsvorgängers Rodrigo Duterte, die Wahl so deutlich gewannen? Schon Jahre vor den Präsidentschaftswahlen 2022 war eine gross angelegte Kampagne angelaufen, um die Geschichte umzuschreiben und den Namen des Diktators und seiner Familie reinzuwaschen. Dafür wurde eine massive Infrastruktur und eine ganze Liste von «Nachrichten-Webseiten» mit revidierter Geschichtsschreibung, Videos und Troll-Armeen aufgebaut, ein ausgewähltes Publikum wurde auf sozialen Medien wie Facebook und TikTok gezielt mit Desinformation beliefert – so genanntes politisches «microtargeting» mit Falschnachrichten, vergleichbar mit der Brexit-Abstimmung oder Bolsonaros Wahlkampf in Brasilien 2018, um mit Fake News die öffentliche Diskussion zu bestimmen und davon abweichende Haltungen abzuwerten und mit beleidigenden Kommentaren zu überfluten. Damit verschwanden die allgegenwärtige Korruption, die Plünderung der Staatskassen und die systematischen Menschenrechtsverletzungen unter der Marcos-Diktatur sukzessive aus dem kollektiven Gedächtnis, insbesondere der jüngeren Generation, die die Diktatur nicht selbst erlebt hatte.



Gesundheitsaktivist\*innen protestieren dagegen, dass sie als terroristisch diffamiert und kriminalisiert werden.

Foto: HEAD

## Solidaritätskarawane und Menschenrechtskampagne

# Kampf für grundlegende Menschenrechte

Die Insel Negros ist das Zentrum der philippinischen Zuckerproduktion. Sie ist geprägt von feudalen Landverhältnissen, wenige Grossgrundbesitzer stehen unzähligen Arbeiterinnen und Arbeitern gegenüber. Die Armut ist hier mit 45 Prozent der Bevölkerung doppelt so hoch wie der Landesdurchschnitt, Hunger und Unterernährung sind verbreitet. Hinzu kommen Gewalt und Repression. Proteste für Landumverteilungen wurden immer wieder niedergeschlagen. Dörfer werden von Militärs eingekesselt, abgeschnitten oder gar bombardiert, unter dem Vorwand, dass sie mit

der Rebellengruppe NPA in Verbindung stünden. Seit März 2023 hat die Militarisierung in Ost-Negros zugenommen und der Raum für soziale Bewegungen hat sich weiter verengt. So mussten etwa niederschwellige Gesundheitszentren, aufgebaut von Basisorganisationen, geschlossen werden. Ein Netzwerk sozialer Bewegungen plant nun eine Solidaritätskampagne, um die Auswirkungen der Militarisierung auf die Bevölkerung und ihre Grundrechte sichtbar zu machen. Ebenfalls werden die beteiligten Organisationen mit einer Karawane ihre Solidarität mit den von

Militarisierung betroffenen Dörfern zeigen. Teil der Karawane sind mobile Kliniken, denn viele Dorfbewohner\*innen haben keinen Zugang zu Gesundheitseinrichtungen. Dafür müssten sie in die Stadt reisen, was für die Menschen abgelegener Dörfer nicht erschwinglich ist, aber auch durch die Militarisierung erschwert wird. Die Solidaritätskampagne will zusammen mit lokalen Aktivist\*innen erreichen, dass Basisgesundheitsseinrichtungen wieder öffnen und der Raum für soziale Bewegungen vergrößert wird. Der SOLIFONDS unterstützt dies ebenso wie eine Kampagne für grundlegende Menschenrechte – darunter Landrechte, Rechte der indigenen Bevölkerung oder von Arbeiter\*innen. Zur Kampagne gehören Informationsarbeit zu und Mobilisierungen gegen Menschenrechtsverletzungen. Besuche politischer Gefangener sind ebenfalls geplant, nicht zuletzt um Folter und gewaltsamem Verschwindenlassen vorzubeugen.

### Wer als «terroristisch» oder «kommunistisch» bezeichnet wird, wird zur Zielscheibe

«Red-tagging» – so heisst eine gängige Praxis, die auf den Philippinen unter Ex-Präsident Duterte sprunghaft zugenommen hat. Die Regierung denunziert Menschenrechtsverteidiger\*innen und die Opposition systematisch als staatsfeindlich und beschuldigt sie der Mitgliedschaft oder Unterstützung der kommunistischen Guerilla New People's Army (NPA). Oft werden die so beschuldigten Aktivist\*innen zur Zielscheibe von Drohungen und Tötungen. Zwischen Juli 2016 und Mai 2022 wurden mindestens 298 Menschenrechtsaktivist\*innen umgebracht. Ein 2020 verabschiedetes Anti-Terrorismus-Gesetz erleichtert diese Praxis: Es erlaubt willkürliche Anschuldigungen des Terrorismus. Damit kann Kritik an der Regierung kriminalisiert werden, Beweise sind nicht nötig oder werden oft fabriziert. Geschätzte 900 Personen wurden so bisher ins Gefängnis gesteckt. Die Politik des «Red-Taggings», der Überwachung, der illegalen Verhaftungen, des Verschwindenlassens und Tötens von Menschenrechtsaktivist\*innen hat unter Duterte zugenommen, die Regierung Marcos Jr. hat sich davon nicht abgewendet.



Müllsammlerinnen an der Gründungsversammlung ihrer Vereinigung.

Foto: MIHR

Simbabwe

## «Wir sammeln euren Müll und haben Rechte!»

Am 24. Februar war es soweit: Die Vereinigung der Abfallsammlerinnen und -sammler der simbabwischen Stadt Bulawayo wurde gegründet. Mit Unterstützung des SOLIFONDS konnte sie Ende Februar ihre erste Versammlung mit 252 Teilnehmenden abhalten. Vor zwei Jahren hatten die Müllsammler\*innen begonnen, sich in Kooperativen zu organisieren. Zu Beginn schlossen sich insbesondere die Frauen zusammen, um sich gegen sexualisierte Gewalt zu wehren. So entstanden Unterstützungsgruppen, die betroffene Sammlerinnen etwa beim Erstellen von Anzeige unterstützten. Ebenfalls wurde ein Netzwerk engagierter männlicher Müllsammler ins Leben gerufen, um andere Männer auf das Thema der sexualisierten Gewalt anzusprechen. Nach und nach wurden in den Kooperativen weitere Probleme thematisiert, so etwa die Diskriminierung seitens der Stadtverwaltung und die prekären Arbeitsbedingungen. Die Selbstorganisation in Kooperativen zeigte den Müllsammler\*innen, dass sie zusammen für ihre Rechte eintreten können. Vor diesem Hintergrund entschieden sie, einen Verein für alle Sammlerinnen und Sammler der Stadt zu gründen.

### Rechtliche Anerkennung statt Diskriminierung

An ihrer ersten Versammlung standen die Forderungen an die Behörden im Zentrum. Eine grosse Herausforderung für die Müllsammlerinnen und Müllsammler ist, dass sie keinen Platz zur Lagerung des gesammelten Abfalls haben. Viele sind gezwungen, zusammengetragenes Plastik, Elektroschrott oder Metallreste in ihrem Vorgarten oder Hinterhof zu deponieren, was ein gesundheitliches Risiko für sie und ihre Kinder birgt. Die Sammler\*innen fordern deshalb von der Stadtverwaltung, dass diese leerstehende Schuppen als Lagerstätten zur Verfügung stellt.

Die fehlende Anerkennung als Arbeiter\*innen war ein weiteres zentrales Thema. Bisher sind die Müllsammlerinnen und Müllsammler unsichtbar und werden oft herabgewürdigt. Ihre rechtliche Anerkennung würde dieser Diskriminierung entgegenwirken. Ausserdem würde sie die Einrichtung eines tripartiten Ausschusses ermöglichen, in welchem Mindestabnahmepreise für rezykliertes Material verhandelt werden könnten. Der an die Versammlung eingeladenen Bürgermeister sagte seine Unterstützung in diesem Bereich zu, was für die Müllsammler\*innen ein erster wichtiger Erfolg ist. An der Versammlung betonten die Anwesenden, wie wichtig der gemeinsame Kampf aller Sammler\*innen sei. Deshalb beschlossen sie, sich in einem nächsten Schritt landesweit zu vernetzen und zusammenzuschliessen.

## 40 Jahre SOLIFONDS: Für soziale Befreiungskämpfe

### Eindruckliche Veranstaltungen

Im Rahmen des SOLIFONDS-Jubiläums traten die Gewerkschafterin und ehemalige Erdbeerpflückerin Soumia Benelfatmi El Garrab und die marokkanische Gewerkschaftsaktivistin Zaina Issayh rund um den 1. Mai in Zürich, Genf und Bern auf. An gut besuchten Veranstaltungen schilderten sie eindrücklich die prekären Arbeits- und Wohnbedingungen der Erdbeerpflückerinnen im südspanischen Huelva und berichteten vom gemeinsamen Kampf der spanischen Gewerkschaft SOC-SAT und der marokkanischen Gewerkschaft FNSA für bessere Bedingungen und zur Stärkung der Arbeiterinnen. Auch die gewerkschaftliche Presse berichtete über den Besuch der beiden Gewerkschafterinnen sowie über das Jubiläum des SOLIFONDS.

### Internationale Solidarität stärken

In unserem Jubiläumsjahr können Sie uns auch dadurch unterstützen, dass Sie Postkarten und Aufkleber (z.B. den unten abgebildeten) bei uns bestellen und an ihre Bekannten verschicken. So können Sie uns helfen, den SOLIFONDS bekannter zu machen.

Bestellen: [www.solifonds.ch/material](http://www.solifonds.ch/material)



### Folgen Sie uns auf Instagram

Pünktlich zum 40. Geburtstag ist der SOLIFONDS neben Facebook auch auf Instagram präsent. Hier können Sie die Aktivitäten des SOLIFONDS verfolgen sowie Informationen zu unseren laufenden Unterstützungen entdecken.

[www.instagram.com/solifonds](https://www.instagram.com/solifonds)

**IMPRESSUM: SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, Quellenstrasse 25, 8005 Zürich  
Tel. 044 272 60 37, [mail@solifonds.ch](mailto:mail@solifonds.ch), [www.solifonds.ch](http://www.solifonds.ch), PC 80-7761-7, IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7**

**Redaktion: Aurora García, Yvonne Zimmermann**

**Druck: printoset, Zürich (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, Co<sub>2</sub>-neutral)**